

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

NRW
SPD



FOTO: UTA WAGNER

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir stehen mit dem Landeshaushalt 2011 an einer grundsätzlichen politischen Weichenstellung: Die rot-grüne Landesregierung will eine Milliarde Euro mehr für Kinder, Bildung und Vorbeugung investieren. Denn wir sind fest davon überzeugt: Nordrhein-Westfalen muss in die Zukunft investieren, und vor allem Kinder sind unsere Zukunft. Wir brauchen mehr Jugendliche mit besseren Abschlüssen, und wir dürfen kein Kind mehr zurücklassen. Es zahlt sich zweifach aus, gezielt in Vorbeugung zu investieren anstatt ständig steigende Reparaturkosten zu schultern, weil Kinder nicht alle Chancen erhalten: Die Ausgaben für soziale Reparaturkosten sinken, das Wirtschaftswachstum und damit auch die Steuereinnahmen steigen, wenn mehr junge Menschen gut ausgebildet sind. Und darüber hinaus stärken wir so nachhaltig den Standort Nordrhein-Westfalen, indem wir dem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken.

Wir Sozialdemokraten haben es im Wahlkampf klar gesagt, dass wir den Mut haben, die richtigen Wege einzuschlagen. Dabei las-

sen wir uns auch nicht durch das laute Geschrei der Opposition beirren. Deshalb werden wir die Studiengebühren abschaffen, das letzte Kindergartenjahr kostenfrei stellen, mehr und bessere Kita-Plätze schaffen, die individuelle Förderung in der Schule stärken und nicht zuletzt unseren Kommunen in ihrer Finanznot helfen. Das ist vorbeugende Politik für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen!

Wir müssen den Begriff der Investition endlich weiter fassen: Für die Zukunftsfähigkeit des Landes sind Investitionen in Bildung und die Köpfe unserer Kinder mindestens ebenso wichtig, wie solche in Gebäude oder Maschinen. Ich bin mir sicher: Nur wenn wir Kinder und Familien konsequent unterstützen, werden wir perspektivisch auch die Null-Schulden-Grenze einhalten können. Auch die Kommunen brauchen – insbesondere bei der Bewältigung der Aufgaben im Sozialbereich – Unterstützung. Die rot-grüne Regierung in NRW ist trotz der eigenen Haushaltsprobleme bereit, sich ihrer Verantwortung zu stellen. Wir haben hier schon viel getan. Jetzt muss sich endlich auch der Bund zu seiner Verpflichtung bekennen. Wir wollen in Vorbeugung investieren, damit unser Land wettbewerbsfähig bleibt und der soziale Zusammenhalt nicht verloren geht.

Für diese Politik gibt es viel Gegenwind. Die Landesregierung – so die Opposition –

treibe die Neuverschuldung in unverantwortlicher Weise nach oben. Ich glaube, diesem Vorwurf können wir selbstbewusst und entschlossen begegnen. Denn wahr ist: Der Staat sieht heute hunderte Milliarden Euro für die Rettung von Banken vor. Wenn aber in Kitas, Schulen und kostenlose Hochschulbildung investiert werden soll, dann ist von Schuldenmacherei die Rede. Das ist niemandem zu vermitteln. Und ich bin nicht bereit, dass eine gegen das andere auszuspielen. Die Rettung von Banken ist wichtig. Die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft ist es erst Recht.

Die Landesregierung hat sich auch keineswegs vom Ziel verabschiedet, die Schulden auf null zu bringen. Für 2011 hat sie sich auf Einsparungen von insgesamt 500 Millionen Euro verständigt. Dennoch: In den vergangenen Jahrzehnten hat sich gezeigt, dass alle klassischen Sparbemühungen gescheitert sind. Es wurde bei Personal und Sozialausgaben gestrichen, gekürzt und gestreckt. Die Schuldenlast ist trotzdem stetig gestiegen. Wir sind heute in einer Situation, in der der Staat durch massive Kürzungen an die Grenze seiner Handlungsfähigkeit gekommen ist. Und dann hört man immer wieder: Die Planungsverfahren dauern zu lange, und es wird nicht mehr genug kontrolliert, etwa bei Lebensmitteln. Noch wesentlich weniger Personal geht nicht, wenn wir unsere Aufgaben erfüllen wollen.

Wir müssen also neue Wege gehen. Ich bin sicher, dass die von uns eingeschlagene Richtung stimmt und sich das Geld, welches wir jetzt für vorbeugende Maßnahmen aufwenden, schon bald bezahlt machen wird. Das bestätigen auch wissenschaftliche Untersuchungen. In unserem Wahlkampf lautete einer unserer Slogans: „Mutig, Herzlich, Gerecht.“ Genauso ist der Weg, den wir im Interesse des Landes und der Menschen eingeschlagen haben. Ich bin mir sicher, dass wir alle gemeinsam einen echten Politikwechsel hinbekommen können: Zu einem Staat, der sich nicht nur auf Schadensbegrenzung konzentriert, sondern aktiv gestaltet und die Voraussetzungen für eine starke Wirtschaft, ein gutes Zusammenleben und mehr soziale Gerechtigkeit schafft.

Eure Hannelore

HANELORE KRAFT: „ES GEHT UM DIE FRAGE, WELCHE RICHTUNG UNSER LAND EINSCHLAGEN SOLL.“

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft will wissen, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu ihrer Politik der Vorbeugung sagen. Deshalb soll die Diskussion über den Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2011 nicht nur im Landesparlament geführt werden. Im Landesportal www.nrw.de/zukunftnrw lädt Hannelore Kraft erstmals die Bürgerinnen und Bürger dazu ein, die politischen Schwerpunkte der Landesregierung zu diskutieren und Fragen zum Haushaltsentwurf 2011 direkt an sie persönlich zu richten. Das Dialogforum „Zukunft NRW“ ist am 18. Februar 2011 gestartet. **Noch bis zum 18. März können Fragen direkt an Ministerpräsidentin Kraft gestellt werden.**

„Wir müssen endlich den Mut haben, gezielt in die Zukunft zu investieren, statt mit immer höheren Ausgaben soziale Fehlentwicklungen nur zu reparieren“, wirbt Nordrhein-Westfalens Regierungschefin für mehr vorbeugende Elemente in der Haushaltspolitik. „Investitionen in die Bildung sind Investitionen in unsere Zukunft. Und unsere Zukunft, das sind in erster Linie unsere Kinder.“ Mit dem Landeshaus-

halt 2011 will die Landesregierung rund eine Milliarde Euro zusätzlich in Kinder, Bildung und Vorbeugung investieren.

„Es geht um die Zukunft Nordrhein-Westfalens. Es geht um Sie. Deshalb möchte ich mit Ihnen darüber diskutieren, was für uns der richtige Weg ist“, lädt die Ministerpräsidentin zum Dialog auf www.nrw.de/zukunftnrw ein. Die zehn Fragen, die von den Teilnehmern am häufigsten als „wichtig“ bewertet werden, wird Hannelore Kraft zum Abschluss in einer Talkrunde in der Staatskanzlei persönlich beantworten. Dazu werden fünf Teilnehmer aus dem Dialogforum eingeladen. **Weitere Infos unter www.nrw.de/zukunftnrw** ■



Andreas Meyer-Lauber,
Vorsitzender des DGB Nord-
rhein-Westfalen

JETZT DEN ÜBERGANG ZWISCHEN SCHULE UND AUSBILDUNG VERBESSERN!

Von Andreas Meyer-Lauber

Der Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung ist für viele Jugendliche in Nordrhein-Westfalen eine kaum überwindbare Hürde. Im vergangenen Jahr blieben 23.000 von ihnen ohne Lehrstelle. Diese jungen Frauen und Männer werden in Warteschleifen geparkt, die in ihrer Wirksamkeit oft fragwürdig sind.

Eine Studie im Auftrag der GEW hat jetzt nachgewiesen, dass es allein in NRW 120 verschiedene Programme und Maßnahmen in diesem Bereich gibt – einen wahren Wildwuchs. Das ist nicht nur für unsere Jugendlichen, sondern auch für die Wirtschaft dramatisch: Einerseits lesen wir überall vom drohenden Fachkräftemangel, andererseits er-

lauben wir uns, dass zehntausende junger Menschen im Übergangssystem stecken bleiben.

Um diese Situation nachhaltig zu verbessern, haben sich am 10. Februar 2011 Vertreter aus Landesregierung, Gewerkschaften, Wirtschaft, Arbeitsverwaltung und Kommunen zu einem Spitzengespräch getroffen. Die im „Ausbildungskonsens NRW“ beschlossenen Vereinbarungen weisen in die richtige Richtung. Durch das Engagement der Gewerkschaften ist es gelungen, dass der Umbau des Übergangssystems zwischen Schule und Berufsausbildung endlich systematisch angegangen wird. Die Landesregierung hat zugesagt, bis zum Herbst dieses Jahres einen detaillierten Plan vorzulegen,

wie künftig Warteschleifen umgangen und Jugendliche direkt in Ausbildungsverhältnisse gebracht werden können.

Jetzt gilt es, die Vereinbarungen in die Tat umzusetzen. Im Interesse unserer Jugendlichen darf es nicht bei Absichtserklärungen bleiben. Neben einem konkreten Plan zum Umbau des Übergangssystems brauchen wir eine genaue Übersicht über die bestehenden Maßnahmen und deren Finanzierung. Und wir müssen dafür sorgen, dass in NRW endlich mehr betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Ausbildungsgarantie zugesagt. Wir werden nicht locker lassen, bis dieses Versprechen umgesetzt ist! ■

VORSTOß FÜR DIE GESETZLICHE FRAUENQUOTE

Von Heike Gebhard

Während CDU und FDP über eine gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten völlig zerstritten sind, setzt Nordrhein-Westfalen ein klares Signal: Die rot-grüne Landesregierung hat jetzt einen Gesetzentwurf zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen in den Bundesrat eingebracht. Sie zieht damit die Konsequenz aus einer letztlich folgenlos gebliebenen Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft aus dem Jahr 2001, wonach deutlich mehr Frauen in Führungsetagen der Unternehmen einziehen sollten.

In den deutschen Wirtschaftsunternehmen ist die Anzahl weiblicher Führungskräfte immer noch verschwindend gering. Vorstände und Aufsichtsräte börsennotierter Aktiengesellschaften sind fest in Männerhand. Der Frauenanteil auf der Seite der Anteilseigner in den Aufsichtsräten liegt unter vier Prozent. Das zeigt, dass der Weg in Spitzenämter für Frauen nach wie vor versperrt ist. Dabei fehlt es nicht an hochqualifiziertem weiblichen Nachwuchs. Ein Handeln des Gesetzgebers ist überfällig, damit die „gläserne Decke“ durchbrochen wird.

Der vom nordrhein-westfälischen Justizminister Thomas Kutschaty vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen führt in zwei Stufen eine gesetzliche Mindestquote von zunächst 30 Prozent (ab dem 1. Januar 2017) und dann 40 Prozent (ab dem 1. Januar 2022) für beide Geschlechter ein. Zum Aufsichtsratsmitglied ist nur gewählt, wessen Wahl nicht gegen die

gesetzliche Mindestquote verstößt. Die Mindestquote gilt sowohl für die Anteilseigner-, als auch für die Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

Alles in allem ist der Gesetzentwurf eine große Chance für eine veränderte deutsche Unternehmenskultur. Von dieser werden letztlich alle profitieren: Männer, Frauen, die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft. ■



Heike Gebhard,
stellv. Vorsitzende der SPD
Landtagsfraktion

EINLADUNG

**100 Jahre Internationaler Frauentag
„Ohne Gleichstellung kein Fortschritt“**

Unfaire Frauenlöhne checken
am 2. April 2011 – um 10:30 Uhr – in Gelsenkirchen

Anmeldung unter:
heike.gebhard@landtag.nrw.de

Veranstaltungsort:
AWO-Begegnungszentrum
Grenzstraße 47, 45881 Gelsenkirchen

ARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALDEMOKRATISCHER
FRAUEN (ASF)
NORDRHEIN - WESTFALEN



BESTE CHANCEN FÜR UNSERE JÜNGSTEN

Von Ute Schäfer

Die beste Bildung für die Jüngsten – das ist unser Anspruch, den die alte schwarz-gelbe Landesregierung klar verfehlt hat. Das bestätigen die Ergebnisse von fünf Regionalkonferenzen, in denen wir sofort nach der Bildung der neuen Landesregierung mit allen Beteiligten über die Situation der Kindertageseinrichtungen und erforderliche Maßnahmen diskutiert haben. Darüber hinaus hat ein externer Gutachter das KiBiz-Gesetz anhand von Daten analysiert, eine Eltern- und eine Einrichtungbefragung durchgeführt.

Die Ergebnisse zeigen sofortigen Handlungsbedarf, besonders bei der Betreuung der Unterdreijährigen. Deshalb werden wir im ersten Schritt mit einem 1. KiBiz-Änderungsgesetz Verbesserungen realisieren, die bereits zum nächsten Kindergartenjahr ab Sommer 2011 umgesetzt werden können:

- Wir stellen zusätzliche Mittel für den Einsatz von Ergänzungskräften für die Betreuung unterdreijähriger Kinder zur Verfügung. Damit haben auch Kinderpflegerinnen und -pfleger wieder eine Perspektive.
- Wir stärken – unter Berücksichtigung der Belange der Träger und des Personals – die Mitwirkungsrechte der Eltern in den Einrichtungen, etwa bei Entscheidungen über die pädagogische Konzeption oder bei Planung und Gestaltung von Veranstaltungen für Kinder und Eltern, Verpflegung und Teilnahme an Projekten. Wir schaffen erstmals eine gesetzliche Grundlage für die Bildung und Mitwirkung von Elternbeiräten bei den Jugendämtern und beim Land.
- Das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung wird beitragsfrei (Einstieg in beitragsfreie Kita). Bildung muss nach unserer Überzeugung gebührenfrei sein und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Kin-

dertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen und müssen deshalb für alle Kinder zugänglich sein.

- Wir bauen die Familienzentren in sozialen Brennpunkten aus. Für gleiche Bildungschancen brauchen wir in Stadtteilen mit besonderen Belastungen eine frühe Förderung von Kindern und Eltern, von Kinderbildung und Elternkompetenz. Gerade hier finden viele Familien aber oft keinen Zugang zu den gängigen Angeboten.

Parallel zur Gesetzesnovellierung wollen wir in den nächsten zwei Jahren 1.000 zusätzliche Berufspraktikantinnen und -praktikanten in die Kitas bringen, weil mehr Einrichtungen als bisher den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs ausbilden müssen.

Diese Schritte sind zukunftsweisend, aber nur ein erster Schritt der erforderlichen Rundum-Revision der verfehlten Kindertagesstätten-Politik von CDU und FDP. Unmittelbar nach der „Soforthilfe“ für das nächste Kindergartenjahr werden wir mit der zweiten Stufe der KiBiz-Revision fortfahren, in der die grundlegenden Vorgaben vom Finanzierungssystem über Betreuungszeiten und Gruppenformen auf den Prüfstand kommen. ■



Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

DIE NRWSPD GRATULIERT IM MÄRZ...

... ZUM GEBURTSTAG

- 105 Jahre:** Theo Wilhelmy
101 Jahre: Lina Behrens
100 Jahre: Jakob Hauck
99 Jahre: Anna Glaubke
 Hilde Röhl
 Walter Sunde
98 Jahre: Mathilde Grineisen
 Henny Roesener
 Hildegard von Raupach
97 Jahre: Johanna Brueser
 Karl Reuter
 Wilhelm Schmidt
96 Jahre: Erna Ahlers
 Willi Conrad
 Ruth Fahle
 Emil Heine
 Willi Oppen
95 Jahre: Hilde Deeg
 Paul Maletzki
 Egon Müller
 Hilde Nordmeier
 Walter Schwirske
 Fred Thomas

... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 65 Jahre:** Ruth Menze
 Günter Riedel
 Adelheid Schwartinski
 Eugen von der Wiesche
60 Jahre: Wilfried Gößling
55 Jahre: Herbert Dziabel
 Friedrich Kraft
 Erwin Reineke
 Werner Theis
 Karl-Heinz Unger
50 Jahre: Manfred Bloch
 Werner Böttcher
 Werner Fahnenschmidt
 Norbert Hattwig
 Fred Krenzin
 Erwin Meyer
 Günter Meyer zur Heide
 Herbert Scharley
 Walter Vetter

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
 Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW
 Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
REDAKTION: Bernd Neuendorf, Tanja Meier
EMAIL: vorwaerts@nrwspd.de
INTERNET: www.nrwspd.de

HERR RÖTTGEN MUSS DIE SENIOREN-UNION STOPPEN KINDERTAGESEINRICHTUNGEN MÜSSEN AUCH IN WOHNGBIETEN MÖGLICH SEIN

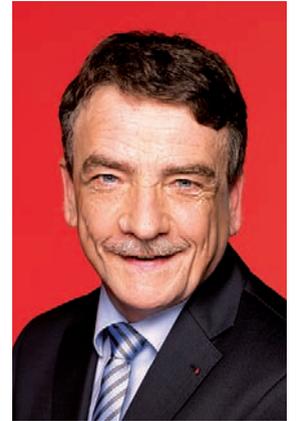
Von Michael Groschek

Mit ihren abwegigen Äußerungen zur geplanten Zulassung von Kindertageseinrichtungen in Wohngebieten hat sich die Senioren-Union in Nordrhein-Westfalen komplett ins Abseits manövriert. Es ist völlig inakzeptabel, wenn der Vorsitzende des Seniorenverbandes, Leonhard Kuckart, Kinderlärm mit dem Hämmern eines Pressluftbohrers vergleicht. Darüber hinaus hat er indirekt mit einer Klage gegen ein entsprechendes Gesetz gedroht. Denn für Kuckart sind die Pläne „verfassungswidrig“. Wer aber den Lärm von spielenden Kindern zum Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen machen möchte, der hat nicht verstanden, dass Kinder unsere Zukunft sind.

Für die SPD ist klar: Kinder brauchen die besten Entwicklungsmöglichkeiten und die besten Chancen. Sie müssen toben, lachen und laut sein dürfen. Denn Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Diese

Einsicht vermag Herr Röttgen, der im Berliner Kabinett für die notwendige Änderung der Bauordnung zuständig ist, offenbar in der eigenen Partei nicht zu vermitteln. Es kann nicht sein, dass die Bewilligung einer Kindertageseinrichtung heute immer noch mit dem Hinweis auf Kinderlärm abgelehnt wird. Wer Kinder als Belästigung empfindet, der gefährdet unsere Zukunft. Herr Röttgen muss die Senioren-Union stoppen.

Wir sind der Landesregierung dankbar, dass sie dem Vorsitzenden der Senioren-Union energisch entgegengetreten ist. Die Ministerin für Familie, Kinder und Jugend, Ute Schäfer (SPD), erklärte etwa: „Die Vereinigung der CDU-Senioren versucht die Großelterngeneration gegen die Enkelkindergeneration aufzubringen. ... Eine Gesellschaft, die Kinderlärm als Belästigung empfindet, hat keine Zukunft. Sie wird schlicht und ergreifend aussterben.“ ■



Michael Groschek, Generalsekretär der NRWSPD

TATKRAFT-EINSATZ IN DORTMUND



Der monatliche TatKraft-Einsatz führte die Landesvorsitzende und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Februar in die Verbraucherzentrale Dortmund. Dort erfuhr sie aus erster Hand, welche Fragen und welche Sorgen Menschen auf den Nägeln brennen.

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH 2011 IN SCHWERTE

Die SPD-Veranstaltung zum Aschermittwoch in Schwerte hat Tradition. Auch im Jahr 2011 lädt die SPD-Region Westliches Westfalen wieder herzlich ein. Geboten werden ein attraktives politisches Programm sowie ein zünftiger Imbiss.

ERÖFFNUNG:

Wolfram Kuschke, stv. Vorsitzender SPD-Region WW
 REDEN:

Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
Reiner Priggen, Vorsitzender der Landtagsfraktion
 Bündnis 90/Die Grünen

RAHMENPROGRAMM: **Pilspicker Jazzband**

Der Politische Aschermittwoch findet statt am **9. März 2011** um **18 Uhr** (Einlass ab 17 Uhr) im **Waldrestaurant „Freischütz“** in 58239 Schwerte, Hörder Straße 131.

Eintrittskarten sind zum Preis von 5,- Euro im Vorverkauf in allen SPD-Unterbezirksbüros im Westlichen Westfalen und im Büro der Region erhältlich. Nähere Auskünfte erteilt das Büro der SPD-Region Westliches Westfalen, Sigrid Schneider, Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund Tel.: 0231 585612, Fax: 0231 585623 E-Mail: region-westliches-westfalen@spd.de. ■